

Die Lupe

- Entwaffnungsinitiative
- Mutation im Vorstand
- Milizarmee wohin ?
- Wem es zu wohl wird
- Sarazzin-Effekt

Die AVV - wachsam seit 1918 !

Pazifistisch-utopische Idee ablehnen

von Dr. Paul Ehinger, Zofingen

Am 13. Februar 2010 stimmt der eidgenössische Souverän über die Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» ab. Sie kam mit lediglich 106'000 Unterschriften zusammen. Angestrebt wird, dass der Bund Vorschriften «gegen den Missbrauch von Waffen, Waffenzubehör und Munition» erlässt. Dazu soll er den Erwerb, den Besitz, das Tragen, den Gebrauch und das Überlassen von Waffen, Waffenzubehör und Munition regeln. Wer Feuerwaffen und Munition erwerben, besitzen, tragen, gebrauchen oder überlassen will, «muss den Bedarf dafür nachweisen und die erforderlichen Fähigkeiten mitbringen.» Das Gesetz soll die Anforderungen und die Einzelheiten regeln, insbesondere für Berufe, bei denen sich der Bedarf aus der Aufgabe ergibt, den gewerbsmässigen Handel mit Waffen, das Sportschützenwesen, die Jagd und das Sammeln von Waffen. Das ist noch nicht der ganze Text. Aber schon aus ihm wird klar, dass hier ziemlich stramme Etatisten am Werk sind. Ihre Regulierungswut kennt auch im Bereich der Waffen keine Grenzen.

Es geht dann weiter: «Besonders gefährliche Waffen, namentlich Seriefirewaffen und Vorderschaftrepetierflinten, dürfen nicht zu privaten Zwecken erworben und besessen werden.» Der Kauf der sog. «Pump Action» erfordert schon jetzt einen Erwerbsschein, jener von Seriefirewaffen eine Ausnahmegewilligung. Und weiter im Text, der für die Bundesverfassung (!) bestimmt sein soll: «Die Militärgesetzgebung regelt

den Gebrauch von Waffen durch die Angehörigen der Armee. Ausserhalb des Militärdienstes werden die Feuerwaffen der Angehörigen der Armee in gesicherten Räumen der Armee aufbewahrt.» Sodann die wohl zentralste Forderung: «Angehörigen der Armee dürfen beim Ausscheiden aus der Armee keine Feuerwaffen überlassen werden. Das Gesetz regelt die Ausnahmen, namentlich für lizenzierte Sportschützen.»

Vordergründig tönt das so lieb, so versöhnlich, so friedfertig. Aber es sind falsche Schalmeientöne. Die

eindeutig ist der Befund: Eine völlig friedliche Schweiz und global sowieso ist leider ein Ding der Unmöglichkeit. Wie soll so etwas möglich sein, wenn schon auf den unteren Ebenen der Gesellschaft, etwa in einer Ehe, in einer Schulklassen oder in einem Verein, so etwas völlig utopisch ist.

Zerstörung der Wehrhaftigkeit

Die Initianten operieren mit einer utopisch-pazifistischen Ideologie. Vor einigen Jahren hat der bekannte Publizist Wolf Schneider in einem «Nachruf auf ein nobles Wort» geschrieben: «Es ist still geworden um den Pazifismus, einen Leitbegriff des 20. Jahrhunderts.» (NZZFolio, Juni 2004, S. 13) Doch hier versuchen die Altsozialisten, die zwar immer noch die Überwindung des Kapitalismus auf ihre rote Fahne geschrieben haben, dem Pazifismus nochmals, wenn auch auf Umwegen zu einem Teilsieg zu verhelfen. Die Pazifisten lehnen den Krieg ab, weshalb man ihn auch nicht vorbereiten darf.

Das Bestreben um friedliche Zustände ohne Waffengewalt wäre ja noch durchaus akzeptabel. Doch leider verbergen sich hinter diesen hehren Zielen ganz andere, politisch-gesellschaftliche

Vorstellungen. Hinter dem Begehren gibt es viel weniger nette und schöne Zielsetzungen. Sagen wir es holzschnittartig: Es geht den Initianten um die Zermürbung der Wehrhaftigkeit. Das kommt in der Forderung ganz klar zum Ausdruck: «Angehörigen der Armee dürfen beim Ausscheiden



Vorläufig bliebe uns noch das Taschenmesser...

wichtigste Stossrichtung ist das gutgemeinte Ziel, Suizide und häusliche Gewalt einzudämmen, ja ganz auszumerzen. Ja, das wäre wirklich schön. Aber völlig unrealistisch. So gerne man friedliche Zustände ohne Waffengewalt herbeiwünschte, Zustände, in denen es keine Gewalt mehr gäbe, so

aus der Armee keine Feuerwaffen überlassen werden.» Hier würde eine jahrhundertelange Tradition, die allerdings viel mehr ist als eine Tradition, nämlich ein uraltes Erbe unserer Vorfahren, geopfert. Geht es letztlich den Initianten nicht um die Abschaffung der Armee, der schweizerischen Wehrkraft, schliesslich sogar um die Zerstörung der Eidgenossenschaft? Im Absatz, wonach der Bund sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen habe, «dass die Verfügbarkeit von Kleinwaffen und leichten Waffen eingeschränkt wird», schimmert auch der Internationalismus durch, wie er auch in der sozialistischen Hymne zum Ausdruck gebracht wird.

Ideologische Absichten nicht allen bewusst

Unsere Argumente mögen vielleicht hart tönen. Doch nicht alle Befürworter sind sich dieser ideologischen Absichten bewusst. Sie meinen allen Ernstes, man könne mit dieser Initiative die angegebenen Ziele erreichen. Klar: Wir leben nicht mehr im Kalten Krieg, als der sowjetkommunistische Imperialismus eine Bedrohung darstellte. Seit zwei Dezennien ist die Gefahr eines Krieges in Europa gebannt. Kein Nachbarland wird die Schweiz angreifen. Also braucht es doch auch keine Waffen mehr. Eine solche Sicht der Dinge greift indessen zu kurz, zumal auch konkret, die Initiative rennt offene Türen ein. So ist etwa ihr Argument, die Verfügbarkeit von Schusswaffen führe zu mehr Selbstmorden wissenschaftlich nicht erwiesen. Auch bei strenger Normen hat der lebensmüde Mensch andere Varianten zum Suizid.

An dieser Stelle kann ausgerechnet der bekannte Strafrechtsprofessor und Aargauer SP-Nationalratskandidat Prof. Martin Killias angeführt werden, der einen Ursache-Wirkungs-Zusammenhang bestreitet. Mit anderen Worten: Man kann nicht die Folgerung ziehen, dass mit weniger Waffen Suizide verhindert werden können. Ebenso stimmt es nicht, dass die häusliche Gewalt von der Verfügbarkeit von Waffen abhängt. Hier dürfte der Zustand der Partnerschaft wohl eine viel wichtigere Rolle spielen.

Vorgegebene Scheinsicherheit

Eine ganz wichtige Gegnerin ist ebenfalls eine (frühere) Genossin: Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Sie vertritt, ganz staatsmännisch, den Standpunkt des Bundesrates und der Parlamentsmehrheit. Zu Recht hat sie darauf hingewiesen, dass die Verschärfungen des vor zwei Jahren dekretierten Waffengesetzes bereits

positive Resultate gezeitigt hätten. So ist das Verbot von Serief Feuerwaffen praktisch schon erfüllt. Ordnungswaffen können auch bereits in Zeughäusern deponiert werden, und die Taschenmunition wurde eingezogen und wird nicht mehr abgegeben

Schlussfolgerung: Diese Initiative ist trotz ihren angeblich friedfertigen Absichten abzulehnen. Die These «weniger Waffen – mehr Sicherheit» tönt verlockend, ist aber falsch. Denn es handelt sich um eine Scheinsicherheit. Wer mit Waffen jemand oder sich selber umbringen will, findet leider auch auf illegalen Wegen eine Waffe, und sei es auch nur ein Küchenmesser. Ganz abgesehen davon, würde eine Annahme dieses Volksbegehrens, welches dem Bund die Führung eines Registers für Feuerwaffen auferlegen will, eine neue und lästige Bürokratie schaffen. Auch die vorgesehene Kompetenzerteilung an den Bund, wonach er die Kantone bei Aktionen zum Einsammeln von Feuerwaffen unterstützen soll, geht in die gleiche Richtung. Aus allen diesen Gründen ist die Initiative abzulehnen. Haben wir doch Vertrauen in den Bürger!

Adieu + Dank

Austritt von Peter Heuberger

Aufgrund eines medialen, von linker Seite orchestrierten Kesseltreibens im Zusammenhang mit Einbürgerungsempfehlungen auf der Homepage des PIKOM hat sich unser langjähriges Mitglied lic. iur. Peter Heuberger entschieden, aus dem Vorstand der AVV auszutreten.

Wir bedauern diesen Rücktritt ausserordentlich; respektieren diesen Entscheid aber selbstverständlich. Sollte dieses Beispiel aber Schule machen, so steht es schlecht um den Aargau. Wir verurteilen solche Hetzjagden auf das Schärfste. Der Vorstand dankt Peter Heuberger für seinen unermüdlichen Einsatz zu Gunsten der AVV. Unvergessen werden uns seine präzise verfassten Protokolle bleiben, welche oft nur wenige Stunden nach der Sitzung vorlagen. Peter Heuberger wünschen wir in seiner neuen Aufgabe als leitender Staatsanwalt für die Bezirke Lenzburg und Aarau alles Gute.

Andreas A. Glarner, Präsident

Willkommen !

Dr. Paul Ehinger neu im Vorstand der AVV

Anlässlich der Generalversammlung vom 29. September 2010 wurde Dr. Paul Ehinger als Ersatz für das austretende Vorstandsmitglied Peter Heuberger gewählt.



Dr. Paul Ehinger war lange Jahre Chefredaktor des «Zofinger Tablatt» und ist heute für verschiedene Unternehmungen und Medien publizistisch tätig.

Seine klare, bürgerliche Ausrichtung und seine messerscharfen Analysen haben uns seit Jahren beeindruckt. Der Vorstand der AVV ist stolz, einen solch prominenten Neuzugang verzeichnen zu dürfen. Wir danken Dr. Paul Ehinger für seine Bereitschaft, in unserem Vorstand mitzuwirken und heissen ihn herzlich willkommen.

Der Vorstand

In eigener Sache

Anlässlich der letzten Vorstandssitzung hat sich der Vorstand neu konstituiert. Die Aufgaben und Ressorts wurden wie folgt verteilt:

Andreas A. Glarner, Präsident
Patrick Fischer, Vizepräsident
Edi Krebs, Kassier
Werner Wassmer, Sekretär
Rudolf Burger, Redaktor
Dr. Paul Ehinger, Medienbeauftragter
Pascal Furer, Beisitzer

Der Vorstand der AVV nimmt das neue Vereinsjahr - notabene das 93. ! mit Schwung in Angriff und freut sich, noch lange für die bürgerlichen Werte des Aargaus und der Schweiz einstehen zu dürfen.

Schweizer Milizarmee wohin ?

Rudolf Burger, Burg

«Schweiz wohin?» – eine drängende Frage. Soll unser Land Trittbrettfahrer eines gleichgeschalteten Europas werden, das sich seinen abendländischen, freiheitlichen Wurzeln mehr und mehr entfremdet?

Soll die Schweiz ein Sternlein werden in der Europafahne oder weiterhin das weisse Kreuz im roten Feld hochhalten?

Die EU, die mit immer neuen Forderungen unser Land bedrängt, glaubt wohl, ihre Stunde sei gekommen, da im Lande Tells die «Rudenzen», die Anpasser sich neu formieren.

Armee in Schiefelage

Der Anpassungsprozess, der auf allen Ebenen erfolgt, zeichnet sich besonders auf dem Sektor der Armee besonders deutlich ab. Seit dem Fall der Berliner Mauer wurde die Schweizerische Milizarmee kontinuierlich geschwächt. Unsere Armee ist inzwischen in eine bedenkliche Schiefelage geraten. Die «Armee 95» nach den Jahren katastrophaler Fehlentscheidungen (v. a. während der Ära Schmid und Keckeis) droht zu einem «Papiertiger» zu werden. Damit wird die Glaubwürdigkeit unserer Landesverteidigung und das «Konzept der bewaffneten Neutralität» zu einem Fetzen Papier degradiert.

Miliz - die Armee der Bürger

Ein Korporal des Jahrgangs 1981 bringt es auf den Punkt: «Für mich ist die Milizarmee ein Ausdruck des souveränen demokratischen Staates. Der demokratische Staat braucht eine Armee, die mit der Demokratie und dem Volk verbunden ist. Man überlege sich nur, wie viel leichter es ist, eine Berufarmee für politische Ziele einzusetzen. Die Milizarmee hat einen natürlichen Schutzmechanismus gegen einen solchen Missbrauch; der Soldat ist ein Bürger und kein käuflicher Söldner.»

Die Miliz hat noch eine weitere Aufgabe, die mit sonst nichts zu ersetzen ist. Sie ist ein Band, das die unterschiedliche Schweiz auf der persönlichen Ebene auf unsichtbare Weise durch die Jahrhunderte zusammen gehalten hat. Nichts bringt einander näher zusammen als gemeinsame ertragene Strapazen und Entbehungen. Nichts vermag unterschiedliche Herkunft,

Bildung und politische Einstellungen in dem Masse zu überbrücken wie solcher Kameradschaftsgeist. Es ist jener Geist, jene unersetzliche Klammer, die mit der Abschaffung der Milizarmee verlorengehen würde. . .

Die Armee 2010 ein Trümmersfeld

Der Zustand unserer heutigen Armee ist schlimmer als derjenige vor dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Damals hatte noch mindestens jede Formation die nötige Grundausrüstung und die Armee konnte mindestens mobilisieren. Die heutige Mobilisierungsorganisation befindet sich in einem katastrophalen Zustand Die Armee 2010 steht nicht nur am Abgrund, sondern sie ist ein Trümmersfeld nach einem Absturz, sagt die «Gruppe Giardino», der neben Persönlichkeiten aus allen Schichten der Bevölkerung 5 ehemalige Korpskommandanten und 3 ehemalige Generalsstabschefs angehören.

Abbau unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Verhängnisvoll ist die Tatsache, dass der Abbau der Armee von der Öffentlichkeit fast unbemerkt vor sich geht. Wer weiss schon, dass heute nur noch 2 Brigaden ausgerüstet und aufgebildet werden können? Wer weiss schon, dass seit Jahren wertvolles intaktes Armeematerial verschrottet wird?

Aufruf zum Erhalt der Milizarmee

Wie bereits erwähnt, hat sich eine Gruppe von Offizieren und Bürgern gebildet, die den drohenden Untergang unserer Milizarmee mit allen Mitteln verhindern will. Die Ziele des Zusammenschlusses «Giardino» will mit Hilfe weitester Kreise der Bevölkerung folgende zwei Ziele erreichen :

1. Den Untergang der Milizarmee verhindern
2. Die Konzeption der bewaffneten Neutralität erhalten und durchsetzen.

Wer mehr über Ziele, Zusammensetzung und Aktivitäten der Organisation «Giardino» wissen möchte, erhält durch den Präsidenten von Giardino weitere Unterlagen:

Hermann Suter, Lohrihof 2,
6404 Greppen Tel. 041 390 33 66
hermann.suter@bluewin.ch

Tschüss Ivan S.

Andreas A. Glarner

Das hatten sich die Koalition der Wahlverlierer und die vereinigten Linken etwas anders ausgedacht - sie glaubten, mittels eines völlig untauglichen, aber perfiden Gegenvorschlags die SVP-Ausschaffungsinitiative so mir nichts, dir nichts bodigen zu können.

Doch weit gefehlt: Das Schweizer Volk liess sich nicht beirren und verhalf der Initiative zum respektablem Ergebnis von rund 53%. Und dies wohlverstanden einmal mehr gegen die vereinigte Classe politique und sämtliche Medien.

Und schon wieder ging das Wehklagen los - die Schweiz habe sich ins Abseits manövriert, verliere nun gute Kunden und sämtliches Ansehen in dieser Welt. Und überhaupt habe die SVP nur gewonnen, weil man extrem viel Geld investiert habe... Dass die SVP nur mittels gekauften Raum die Phalanx der roten Schreiberlinge einigermassen zu kompensieren versucht, wird geflissentlich verschwiegen.

Betrachtet man das Abstimmungsergebnis etwas näher, kommt man aus dem Staunen ja fast nicht mehr heraus: Immerhin sind - Initiative und Gegenvorschlag zusammengezählt - eine erdrückende Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer der Ansicht, es müsse nun gehandelt werden.

Doch diese Tatsache ficht die anderen Parteien nicht an - schon wird gewarnt, wie man das Ergebnis umbiegen könnte. Und die Zusammensetzung der von der Sozialistin Sommaruga ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe könnte fast nicht einseitiger sein - Präsident ist mit Heinrich Koller ein bekennender Gegner der Initiative...

Aber die SVP wird sehr genau darauf achten, dass die Initiative buchstabengetreu umgesetzt wird - selbstverständlich mit Ergänzung all jener Delikte, deren Fehlen von den Gegnern als Ablehnungsgrund angegeben wurde.

Wann endlich, so fragt man sich unwillkürlich - wann endlich begreifen die anderen beiden angeblich bürgerlichen Parteien, was das Volk will ? Der zelebrierte Anti-SVP-Reflex bringt keine Wähler - er treibt sie im Gegenteil der SVP geradezu scharenweise zu...

Wem es zu wohl in der Schweiz wird

Werner Wassmer, Aarau

Jenen, die einem gewissen Zeittrend entsprechend, heimatmüde geworden sind, sei doch empfohlen, in ein muslimisches Land legal oder illegal einzuwandern und ein Asylgesuch zu stellen. Es muss nicht irgendwo sein, etwa Marokko, Mauretanien oder Ägypten, wo das Durchschnittseinkommen sehr tief ist. Empfehlenswert ist ein Land wo die Lebenserwerbe der Bevölkerung jenen der Schweiz entsprechen oder gar übertreffen, also zum Beispiel Kuwait, Saudi-Arabien oder irgendwo in die Emirate. Ankommenden sei empfohlen:

- Sich nicht um Aufenthaltsbewilligungen, Einreisevorschriften, internationales Völkerrecht, oder andere Vorschriften zu kümmern.
- Einmal angekommen, sofort kostenlose medizinische Versorgung zu verlangen, für sich oder auch für die ganze Familie, sowie selbstverständliche eine grosszügige Sozialhilfe.
- Darauf zu bestehen, dass alle Unterlagen in einer unserer Landessprachen und auch andere wichtige Dokumente in Deutsch, Französisch oder Italienisch abgefasst sind.
- Die Schweizer Identität unbedingt zu behalten und öffentlich zur Schau zu stellen, z.B., in dem man eine grosse Schweizer Fahne aus dem Fenster hängt. In den Schulen ist zu beachten, dass unserem Kulturgut Rechnung getragen wird, Weihnachtslieder, 1. August Feiern und Fahنشwingen sind selbstverständliches Recht für Immigranten aus der Schweiz.
- Darauf zu bestehen, dass jedem sofort eine Autofahrbewilligung ausgestellt wird, eine unbegrenzte Aufenthaltsbewilligung, entsprechend mit Familiennachzug darf also selbstverständlich angesehen werden.
- Jede Diskriminierung schroff abzuweisen, es ist darauf zu achten, dass Polizei und Justizbehörden jeden höflich behandeln, da sonst mit einem Antirassismus Paragraphen gedroht werden kann. Es ist darauf zu bestehen, dass Anwälte und Dolmetscher kostenlos zur Verfügung stehen. Falls nicht, sind bestimmte Anwälte zu konsultieren, die jedermann beraten und die Presse mobilisieren.
- Ist darauf zu bestehen, dass

sich die Frauen nicht den lokalen Bekleidungs Vorschriften – wie z.B. Schleier – unterwerfen müssen. Auch darf es niemanden stören, wenn Immigranten in der Öffentlichkeit Alkohol trinken.

- Zu guter Letzt noch ein Rat an jene, die religiös sind: Ihnen ist zu empfehlen, unbedingt durchzusetzen, dass in der Nähe ihrer Wohnorte eine Kirche entsteht und mit Glockengeläut die Gläubigen in die Kirche gerufen werden.

Die AVV wünscht all jenen, die sich so von der Schweiz absetzen, viel Vergnügen!

Splitter

Gedanken zur Entwicklung der SBB

Eppenbergtunnel, Wiesenbergtunnel, (vergessene) Erhöhung der NEAT Zubringertunnel, neue, den Aargau – und für ihn ohne Nutzen - durchrasende und zerschneidende Schnellbahnstrecken (damit die Leute noch ein paar Minuten schneller von Zürich nach Bern kommen), eine Untergrundbahn von St. Gallen bis Lausanne, nicht absehbare NEAT Endkosten und weitere, realisierbare und nicht realisierbare Projekte, also alles was den öffentlichen Verkehr bald unzählbar macht !

Da kommt einem unweigerlich ein Zitat von Johann Wolfgang von Goethe in den Sinn, der einmal in einem anderen Zusammenhang sagte:

«Sie machen immerfort Chausseen, bis niemand mehr ob dem Weggeld reisen kann ...»

WW

Mitglied werden ist einfach:
056 648 60 60
oder unter
www.vaterlaendische.ch

Die AVV - wachsam seit 1918 !

«Sarrazin-Effekt»

Werner Wassmer, Aarau

Der «Sarrazin-Effekt», festzustellen bei einem «guten Freund» der Schweiz, Peer Steinbrück, Bundesfinanzminister a.D. (was selbstverständlich in der AZ und in allen anderen Medien nicht zu lesen war)

In einem Interview mit der renommierten Tageszeitung «WAZ» vom 16.11.2010 sagte Steinbrück:

«Wir haben zugelassen, dass Millionen Menschen geringer Qualifikation direkt in die deutschen Sozialwerke eingewandert sind und vom Staat – also der Solidargemeinschaft - unterstützt wurden und werden. Zuwanderer mit vielen Kindern können – ebenso wie Deutsche – über Sozialleistungen ein Familieneinkommen erzielen, das nahe oder sogar über dem Erwerbseinkommen eines arbeitenden Bürgers liegt. Manche können sogar Geld an ihre Angehörigen in der Heimat überweise. Die schafft eine gefährliche Schieflage.»

Steinbrück fährt fort: Dies sind Fehlansätze, die sich klassische Einwanderungsländer wie Kanada oder Australien nicht leisten. Beide Länder wählen bewusst und sehr gezielt, ohne schlechtes Gewissen, Neueinwanderer nach Qualität aus.»

Gerade der letzte Satz wäre auch für unser Land von grösster Bedeutung.

Zu den Aussagen von Herrn Steinbrück ist noch festzuhalten: Mutig, seine Zeilen, welche des Volkes Stimme sprechen. Als Bundesfinanzminister war es doch mitunter sein grosses Bestreben, auf die Schweiz einzuwirken, um neue Geldmittel zu beschaffen, damit die beschriebene Sozialmisere in Deutschland zu finanzieren war. Zu seiner richtigen Einsicht ist er allerdings erst gekommen, nachdem für ihn die Pension stimmte!

Impressum

Herausgeberin:

Aargauische Vaterländische Vereinigung
Postfach 2105, 5001 Aarau

Präsident: Andreas A. Glarner (056 648 60 60)

Redaktion: Dr. Paul Ehinger, Rudolf Burger,

Werner Wassmer, Andreas A. Glarner

Postcheck-Konto: 50-3832-2

Erscheint viermal jährlich

Druck: Rankwoog Druck AG, Trimbach
Abdruck unter Quellenangabe gestattet.